

Annoncen  
Annahme-Büroaus:  
In Posen außer der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmsstr. 16.)  
bei C. H. Ulrich & Co.  
Breitestraße 14,  
in Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei F. Strelau,  
in Breslau bei Emil Habalch.

Annoncen  
Annahme-Büroaus:  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien  
bei G. L. Baabe & Co., —  
Haasenstein & Vogler, —  
Rudolph Moosse.  
In Berlin, Dresden, Görlitz  
beim „Invalidenpark.“

# Posener Zeitung.

Achtundsechziger Jahrgang.

Nr. 839.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bezahlungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Dienstag, 30. November  
(Erscheint täglich drei Mal.)

Abfertige 20 Pf. die schriftgesehene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgen 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1875.

## Amtliches.

Berlin, 29. Novbr. Der König hat den Privatdoz. Dr. Peter Billers Jessen in Hornheim zum Med.-Rath und Mitglied des Med.-Collegiums der Provinz Schleswig-Holstein ernannt und dem Kreisphysikus des Kreises Kulm, Dr. Cohn in Grätz den Charakter als Sanitätsrat verliehen.

Der bisher Lehrer und Kommis. Kreis-Schulinspektor Johannes Hartung in Brünn ist zum Kreis-Schulinspektor im Reg. Bez. Trier, der Arzt Dr. Trautmann zu Harpersdorf unter Anweisung des Wohnsitzes in Schönau zum Kreis-Mundarzt des Kreises Schönau ernannt, der hess. Baumeister Karl Anton Hünziker in Stade zum l. Kreisbaumeister ernannt und demselben die Kreisbaumeisterstelle zu Löwenberg in Schlesien verliehen worden.

## Empfang des Vorstandes der Generalsynode durch den Kaiser.

Am 28. d. Mittags hatten, wie bereits telegraphisch erwähnt, die beiden Präsidenten und die vier Schriftführer der Generalsynode Audienz bei dem Kaiser und zwar im Fabrienzimmer des königlichen Palais zu Berlin. Se. Majestät nahm folgende Ansprache des Präsidenten Grafen Otto zu Stolberg-Wernigerode entgegen:

Ew. Kaiserliche und königliche Majestät haben huldreichst gestattet, daß wir Namens der außerordentlichen Generalsynode vor Alerhöchst Ihnen erscheinen. Wir sind beauftragt, Ew. Majestät den Dant der gegenwärtig versammelten Vertreter der evangelischen Landeskirche auszusprechen dafür, daß Alerhöchst dieselben uns berufen haben, um eine Verfassung unserer Kirche und damit ihr Wohl, ihr Wachstum und ihre Sicherung gegen Sturm und Gefahr zu berathen.

Als Ew. Majestät unter dem 10. September 1873 die neue Kirchengemeinde- und Synodal-Ordnung verkündeten, da wurde es als ein hochberühmter Entschluß erkannt, daß den langjährigen und verschiedenartigen Bestrebungen, unserer Kirche zu einer Verfassung zu verhelfen, eine bestimmte greifbare Grundlage gewesen war — nicht minder aber auch der ausgedachte königliche Wille, daß der Abschluss des kirchlichen Verfassungswerkes unter dem Beirath von Vertretern der kirchlichen Organisationen stattfinden solle. An diese Aufgabe ist jetzt die außerordentliche Generalsynode herangetreten in der ernsten Absicht, mit allen Kräften an dieser wichtigen Arbeit zu wachen und das Geheiligte zu erfüllen, daß ein jeder von uns feierlich obgelegt hat, „darnach zu trachten, daß die Kirche in allen Stücken wache an dem, der das Haupt ist, Christus!“ aber auch in dem vollen Bewußtsein, daß nur dann ein heiliges Werk gelingen kann, wenn der Herr, unser Gott, dazu in Gnaden seinem Segen giebt.

Wir stehen vor Ew. Majestät unter dem 10. September 1873 die neue Kirchengemeinde- und Synodal-Ordnung verkündeten, da wurde es als ein hochberühmter Entschluß erkannt, daß den langjährigen und verschiedenartigen Bestrebungen, unserer Kirche zu einer Verfassung zu verhelfen, eine bestimmte greifbare Grundlage gewesen war — nicht minder aber auch der ausgedachte königliche Wille, daß der Abschluss des kirchlichen Verfassungswerkes unter dem Beirath von Vertretern der kirchlichen Organisationen stattfinden solle. An diese Aufgabe ist jetzt die außerordentliche Generalsynode herangetreten in der ernsten Absicht, mit allen Kräften an dieser wichtigen Arbeit zu wachen und das Geheiligte zu erfüllen, daß ein jeder von uns feierlich obgelegt hat, „darnach zu trachten, daß die Kirche in allen Stücken wache an dem, der das Haupt ist, Christus!“ aber auch in dem vollen Bewußtsein, daß nur dann ein heiliges Werk gelingen kann, wenn der Herr, unser Gott, dazu in Gnaden seinem Segen giebt.

Gott segne Eure Majestät!

Hierauf antwortete der Kaiser nach dem „Staatsantr.“ wörtlich Folgendes:

Ich danke Ihnen für die Gesinnungen und Ansichten, die Sie ausgesprochen haben. Es sind ganz die meinen. Ich hoffe, die Generalsynode wird in dem gleichen Sinne ihren Arbeiten sich unterziehen und in Frieden ihr Werk vollbringen. Vor Allem kommt es ja darauf an, daß die Kirche auf dem rechten Grunde stehen bleibt, wie ich das auch bei einer anderen Gelegenheit ausgesprochen habe, auf dem Grunde des Glaubens. Ich stehe auf dem Grunde des Glaubens, auf welchen Ich gelaufen und konfirmirt worden bin, und nichts kann Mich bewegen, davon abzuweichen; werden Mir da Einwürfe gemacht, so werde Ich sie jederzeit ablehnen. Sie, die Sie hier vor Mir stehen, sind ja darin ohne Zweifel mit Mir einig; fest zu stehen auf dem rechten Grunde ist in der gegenwärtigen Zeit um so nötiger, als Parteien leider auch selbst in die Kirche sich eingeschlichen haben. Sie haben ja jetzt bei dieser außerordentlichen General-Synode die schweren dogmatischen und liturgischen Fragen nicht zu behandeln. Es ist der Abschluß der Verfassung der evangelischen Kirche, wozu Sie berufen sind, ein sehr wichtiges Werk, das aber erst den Boden bereiten soll für die Inangriffnahme jener anderen Aufgaben durch die späteren definitiven Generalsynoden. Die Thätigkeit der außerordentlichen Generalsynode ist also auf den Abschluß der Verfassung, die ja dann noch der landeskirchlichen Anerkennung bedarf, zu beschränken, und die Herren vom Vorstande werden daher darauf zu halten haben, daß alles, was nicht dazu gehört, fern bleibt. Was die Vorlage betrifft, die ich Ihnen gemacht habe, so kann ich natürlich nur wünschen, daß dieselbe angenommen wird, selbstverständlich einzelne Modifikationen und Abänderungen vorbehalten; dem Wesen und Grundgedanken nach aber muß Ich die Annahme der Vorlage wünschen, die ja mit Meiner Zustimmung Ihnen gemacht ist, und die das enthält, was nach ernster und gewissenhafter Erwägung als das Ersprechlichste erscheint. Ich habe dieses Werk als ein Erbe übernommen. Mein seifer Bruder hat ja schon Vieles in dieser Richtung gethan, es war aber damals vielleicht noch nicht genugsam vorbereitet; dies ist ja nun anders, nachdem durch Kreis- und Provinzialsynoden der Grund gelegt worden. Auch Mein Vater hat bereits in Bezug auf Ordnung und Regelung der kirchlichen Dinge, z. B. der Liturgie, Wichtiges vollbracht, — auch ganz abgesehen von der Union. Ich stehe auf dem Boden der Union mit vollem Herzogen, und was an Mir liegt, das werde Ich für Sie thun, und Alle, die sich freiwillig auf diesem Boden mit Mir vereinigen wollen, werde Ich mit offenen Armen empfangen. Die das nicht wollen, werde Ich natürlich in keiner Weise verfolgen. Es ist überall nicht gut, etwas zu thun, was nicht aus der Überzeugung und dem Gewissen kommt, am wenigsten aber in christlichen und religiösen Dingen. Möge Gott der Herr, ohne dessen Segen nichts ist und der ja seither so sichtlich über unserem Vaterlande gewaltet hat, Ihre Arbeiten segnen, damit das Werk gelinge und Sie in Frieden auseinandergehen.

## Motive zum Entwurf der Strafgesetznovelle.

Die sogenannten politischen Bestimmungen des Entwurfs und ihre Motivierung treten in den Vordergrund des Interesses, welches sich dieser Vorlage zuwendet. Wir lassen daher nachstehende hierauf bezügliche Darstellung der „N. L. C.“ folgen:

Über die Gesichtspunkte, von welchen der Entwurf der Novelle zum Strafgesetzbuch ausgegangen, wird in den Motiven Folgendes bemerkt: „Wenn auch zugegeben ist, daß der Beipunkt für eine prinzipielle und durchgreifende Revision des Strafgesetzbuchs noch nicht gekommen ist, so läßt sich doch nicht vertreiben, daß ein dringendes Bedürfnis partikularer Revision besteht. Für deren Umfang muß die Bedürfnisfrage maßgebend sein. Auf diesem Standpunkte steht der Entwurf, indem er eine Revision vorschlägt, derselben aber Schranken setzt. Er beabsichtigt zunächst die Missstände zu beseitigen, welche sich in Betracht einer Anzahl von Bestimmungen des Strafgesetzbuchs nach den in der Praxis gemachten Erfahrungen herausgestellt haben. Er ist ferner bemüht, Lücken auszufüllen, die in der Praxis sehr fühlbar empfunden werden sind. Er erachtet es endlich für angemessen, einzelne Versehen, welche bei der Redaktion des Gesetzbuchs sich eingeschlichen haben, zu berichtigen. Das Hauptinteresse konzentriert sich natürlich auf die sog. politischen Bestimmungen. Dieselben lassen sich in vier verschiedene Gruppen zerlegen: diejenigen, welche die öffentliche Meinungsäußerung, diejenigen, welche gewisse Handlungen des Klerus, diejenigen, welche die sog. Materie Dutchesse, und endlich — wenn man diese ebenfalls hierher rechnen will — diejenigen, welche den Fall Armin betreffen. Von weitaus der überwiegendste Bedeutung ist die erste Kategorie. In den §§ 85, 110 und 111 wird die Neuerung gemacht, daß nicht nur, wer zu einer hochverrätherischen Handlung oder zu Ungehorsam gegen die Gesetze u. s. w. auffordert, sondern auch, wer dazu „anreibt“, bestraft wird. Außerdem ist das Strafmaß erhöht. Die Motive beschränken sich betreffs dieser Änderung auf eine bloße Erinnerung an die Begründung des bekannten im vorigen Jahre vom Reichstage verworfenen § 20 des Preßgegenentwurfs und die damalige Erklärung des preußischen Bundesratsbedenklich, daß dieser Vorschlag bei einer Revision des Strafgesetzbuchs wieder aufgenommen werden. Am stärksten wird § 130 modifiziert. Derselbe lautet im Entwurf: „Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung gegeneinander öffentlich aufreißt, oder wer in gleicher Weise die Institute der Ehe, der Familie oder des Eigentums öffentlich durch Reden oder Schrift angreift, wird mit Gefängnis bestraft.“ Der gegenwärtig gültige Paragraph des Strafgesetzbuchs bestimmt: „Wer öffentlich an Freiheit, zu Gewaltthätigkeit ansetzt, Auferstehen werden in der Novelle die Angriffe auf die Institute der Ehe, der Familie und des Eigentums ganz neu eingefügt. Die Strafbestimmung erscheint geschärfst. In den Motiven wird zu diesem Paragraphen Folgendes bemerkt: „Der Beweis, daß zu Gewaltthätigkeit angesetzt worden, bat in den wenigsten Fällen geführt werden können. Es muß aber an und für sich strafbar sein, verschiedene Klassen der Bevölkerung gegeneinander aufzureißen, da die durch die Schereien veranlaßte Ereignis leicht in Gewaltthätigkeit Lust schafft. Gegen eine in weit greifende Anwendung der Bestimmung ist schon durch das Postulat gefordert, daß die Art der Aufreizung den öffentlichen Frieden gefährden muß. . . . Mit Rücksicht auf gewisse offenkundige Parteiabstrebungen, welche gegen die Grundlage des gegenwärtigen Kulturstandes gerichtet sind, erscheint es geboten, die Strafbestimmung des § 130 auf Angriffe gegen die Ehe, die Familie und das Eigentum auszudehnen. Es ist das Wort „Institut“ gebraucht, um zum Ausdruck zu bringen, daß die Angriffe nicht gegen die Institutionen, welche die Ehe, die Familie und das Eigentum in der Rechtsentwicklung erhalten haben, sondern gegen diese selbst als die Grundlagen aller sittlichen und rechtlichen Ordnung gerichtet sein müssen. Der Entwurf geht hier nicht soweit, als die früheren Strafgesetzbücher von Sachsen und Bayern, indem er an dem Erforderniß festhält, daß der Angriff in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise erfolzen muß. Nach dem österreichischen Strafgesetzbuche vom 27. Mai 1852 wird ohne diese Beschränkung bestraft: „Wer öffentlich die Einrichtungen der Ehe, der Familie oder die Rechtsbegriffe über das Eigentum herabwürdig oder zu erschlütern versucht“, und auch der neueste österreichische Strafgesetzentwurf (§ 12) bedroht mit Strafe: „Wer öffentlich die Verfassung, die Gesetze oder Einrichtungen des Staates, die Rechtsinstitute der Ehe und des Eigentums, die Entscheidungen der Gerichte, Verordnungen oder Verfügungen der Regierung oder der Behörden schädigt, oder um sie verächtlich zu machen, erdichtet oder entstellt Thatsachen behauptet oder verbreitet.“ Neben dem § 130 kommt hauptsächlich noch § 131 in Betracht, welcher im Entwurf lautet: „Wer dadurch, daß er erdichtet oder entstellt Thatsachen öffentlich behauptet oder verbreitet, ingleichen wer öffentliche Schmähungen oder Verhöhnungen Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit oder das Reich oder einen Bundesstaat selbst verächtlich zu machen sucht, wird mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.“ Hier ist bestätiglich der Veröffentlichung entstellt oder erdichtet Thatsachen der beschränkten Zusatz: „wissen, daß sie erdichtet oder entstellt sind“ bestätigt; außerdem sind die „öffentlichen Schmähungen oder Verhöhnungen“ und die Worte „oder das Reich oder einen Bundesstaat selbst“ neu hinzugefügt. Die Motive äußern sich dazu, wie folgt: „Nach der gegenwärtigen Fassung des § 131 fallen öffentliche Schmähungen und Verhöhnungen der Staatseinrichtungen und Anordnungen der Obrigkeit nur dann unter diese Strafbestimmung, wenn sie verleumderischen Charakters sind. Diese Einschränkung erscheint nicht gerechtfertigt. In den Augen des Publikums schändigen solche Angriffe, wenn sie auch nicht auf thatssächliche Angaben gestützt sind, die Autorität der Staatsgewalt und bestärken den in bedenklicher Weise hervogetretenen Hang zu gewaltthätigem Widerstand gegen ihre Organe. Deshalb ist die Strafandrohung des § 131 auch gegen diejenigen gerichtet, welche durch öffentliche Schmähungen oder Verhöhnungen Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen suchen.“

Die „Post“ erhält aus der Generalsynode eine Zuschrift, in welcher mit Bezug auf den ersten Tag der Generaldiskussion über die Synodalordnung die Hoffnung ausgesprochen wird, einen Ausgleich der Differenzen in Bezug des Synodalverfassungswerks herbeizuführen. — Die Tagegelder und Reisekosten für die Mitglieder der Generalsynode, worauf diese nach der Verordnung vom 10. September 1873 Anspruch haben, sind nun mehr auch bezüglich ihrer Höhe festgestellt. In einer den Synodalen übergebenen Bekanntmachung des Präsidienten des Oberkirchenrats vom 22. November a. c. wird nun mehr mit-

getheilt, daß der Minister der geistlichen Angelegenheiten die Diäten pro Tag mit Hin- und Rückreise auf 12 Mark und auch die Reisekosten entsprechend festgesetzt hat. Die Zahlung erfolgt aus den hierfür bewilligten Staatsmitteln durch die Generalkasse des geistlichen Ministeriums am Schluss der Synode, jedoch ist auch die Einrichtung getroffen, daß diejenigen Mitglieder, welche im Laufe der Session Abschlagszahlungen zu erheben wünschen, für jeden abgelaufenen achtzigsten Zeitraum 100 Mark gezahlt erhalten können. — Wir geben nachstehend eine gedrängte Übersicht über den Inhalt der Denkschrift, welche der Oberkirchenrat, wie bekannt, der Synode vorgelegt hat:

Dieselbe betrifft die Rechtsverhältnisse der Kirchen und Staatsbehörden. Die bisherige Scheidung, wonach die kirchlichen Angelegenheiten, je nachdem sie als äußerlicher oder innerlicher Natur bezeichnet wurden, der allgemeinen Staatsverwaltung zustanden, wird als unhaltbar bezeichnet. Einmal ist damit nur zu oft ein Hineingreifen der Organe der Externa in die Verwaltung der Interna verbunden, sodann ist die Scheidung aber am wenigsten aufrecht zu erhalten, wenn den neuorganisierten Kreis-, Provinzial- und Generalsynoden in der Wirkung bei der kirchlichen Gesetzgebung, in der Einwirkung auf die kirchliche Verwaltung eine Stellung gegeben wird, die als den andern Faktor der Gesetzgebung und als das Organ der kirchlichen Verwaltung die Kirchenregimentsbehörden vorausgeht. Eine Änderung hierin kann nur von Seiten der Staatsgesetzgebung eingeleitet werden, und durften deshalb in die General-Synodalordnung hierher bezügliche Anordnungen nicht aufgenommen werden. Der Oberkirchenrat empfiehlt nun der Synode, behufs Durchführung des § 38 der Synodalordnung, in Anträgen an die Staatsregierung zu erkennen zu geben, welche Zielpunkte und welche Grenzen der Umgestaltung kirchlicherseits als die notwendigen erkannt werden. Er will seinerseits der Synode darin durch die gegenwärtige Denkschriftförderlich sein und bespricht deshalb die für die Neugründung in Betracht kommenden Punkte. Ad I muß an das zu erstrebende Staatsgesetz seiner Ansicht nach jedenfalls die Forderung gestellt werden, daß es den fundamentalen auspricht: „die Verwaltung und Leitung der Angelegenheiten der evangelischen Landeskirche, soweit bisher von den Staatsbehörden gelebt ist, geht auf die kirchenregimentlichen Behörden über.“ Der Zuständigkeit der Staatsbehörden sollen aber II. auch ferner unterstehen: 1) die Anordnung und Vollstreckung der zur Aufrechterhaltung der äußeren Ordnung erforderlichen polizeilichen Vorschriften, 2) die Regulirung des Interimsinstums in streitigen Kirchen, Pfarr- und Küsterdauersachen, 3) die Beitreibung kirchlicher Abgaben, 4) die Aufsicht über die Kirchenbücher, soweit dieselben noch als Standesregister gelten. Sodann soll es III. der gemeinschaftlichen Verfügung der Staats- und der Kirchenbehörden bedürfen für die Veränderung bestehender sowie die Bildung neuer Pfarrbezirke. IV. sollen die Punkte und Rechtsänderungen aus dem Kreise der kirchlichen Vermögensverwaltung zusammengestellt werden, bei denen es einer Genehmigung der Staatsbehörde bedarf, wie sie sich aus der allgemeinen Ansicht des Staates über das Kirchenwesen ableitet. Der Oberkirchenrat hält eine solche Genehmigung außer den im Gesetz vom 25. Mai 1874 vorgeschriebenen Fällen erforderlich bei dem Erwerb, der Veräußerung oder der dinglichen Belastung von Grundeigentum, bei der Veräußerung von Gegengütern, welche einen geschäftlichen, wissenschaftlichen oder Kunstschatz haben, bei Anleihen, beim Bau neuer für den Gottesdienst, die Geistlichen oder andere Kirchendiener bestimmter Gebäude, bei Anlegung oder veränderter Benutzung von Begräbnisplätzen, bei Einführung oder Veränderung von Stolgebührentoren, bei Ausschreibung oder Abbauung von Sammlungen außerhalb der Kirchengrenzen zu anderen als den bestimmungsmäßigen Zwecken, außerhalb der in § 31 der Synodalordnung vom 10. September 1873 zugelassenen Grenzen. In Betreff der Schenkungen soll es bei dem Gesetz vom 23. Februar 1870 bewenden. V. Das erwartete Staatsgesetz soll der staatlichen Obergutsverwaltung Einsicht zu nehmen, zu diesem Behufe die Staats- und die Rechnungen einzufordern, sowie außerordentliche Revisionen vorzunehmen und auf Abstellung der etwa vorgefundene Gesetzwidrigkeiten zu dringen. Dasselbe soll VI. auch aussprechen, daß die auf dem landesherrlichen Patronat beruhenden vermögensrechtlichen Befugnisse und die Eigenheiten der Staatsbehörden durch gegenwärtiges Gesetz nicht berührt werden, ebenso, daß es in Betreff der Besetzung der kirchlichen Amter landesherrlichen Patronats und der kirchenregimentlichen Amter bei den bestehenden Bestimmungen bewendet. VII. In Bezug auf die Staatsfonds für kirchliche Zwecke die Synode die Erwartung aussprechen will, daß bis zur Beschaffung einer Dotations der Landeskirche die jetzt im Staatshaushalt-Etat für Bedürfnisse derselben bewilligte Mittel diesem Zwecke nicht entzogen werden, glaubt der Oberkirchenrat der Synode lediglich überlassen zu müssen. In Betreff der kirchlichen Fonds wird schließlich noch darauf hingewiesen, daß sich der Antrag empfiehlt, durch Alerhöchsten Erlass die Verwaltung derselben, so weit solche von den Provinzial-Regierungen und dem Minister der geistlichen Angelegenheiten geübt ist, auf die entsprechenden Provinzialkonsistorien und den evangelischen Oberkirchenrat zu übertragen.

## Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 29. November.

Eine Fischerdeputation aus Ost- und Westpreußen ist nach Berlin gereist, um bei dem Handelsminister resp. dem Kaiser vorstellig zu werden. Bis vor kurzer Zeit durften die Fischer mit kleinblättrigen Netzen fischen, wogegen nach der neuesten Verordnung ihnen nur großblättrige Netze gestattet werden. Die amtlichen Fischmeister üben sehr streng das Pfändungsrecht aus und viele Kontraventionen sind bereits in hohe Strafen genommen. Die Deputation ist mit einer mit vielen Unterschriften versehenen Petition ausgerüstet, dürfte aber kaum einen Erfolg erzielen.

[Obertribunal beschlossen.] Ein Schlächter, welcher es verabföhnt, die zu seinem Gewerbebetriebe geschlachteten Schweine auf Trichinose mikroskopisch untersuchen zu lassen, ist nach einem Erkenntnis des Obertribunals vom 3. Nov. wegen fahrlässiger Tötung zu bestrafen, falls der Genuss des von ihm feilgehaltenen Schweinefleisches den Tod eines Menschen zur Folge hat. Diese Strafe kann selbst in den Fällen zur Anwendung gelangen, daß dem Schlächter die Krankheit des verkauften Fleisches unbekannt war und eine Polizei-Verordnung, betr. die mikroskopische Untersuchung des Schweinefleisches, nicht existiert. Die polizeiliche Konzession zum Kleinhan-

del mit Brantwein schließt nicht die Genehmigung zum Aus-  
schank von Brantwein, wie derselbe in bestimmten Lokalen zum Ver-  
kauf auf der Stelle erfolgt, ein. Dies ergibt sich aus dem Wörterbuch  
und dem Berichte des Ausdrucks Kleinhandel, sowie aus der Vor-  
schrift des § 33 der Reichs-Gewerbeordnung, in welcher die Erlaubnis  
zur Gastwirthschaft, zur Schankwirthschaft und zum Kleinhandel mit  
Brantwein oder Spiritus einandergehalten und ausdrücklich unter-  
schieden werden. (Erlaß vom 2. November d. J.) Ein Dienstmädchen warf ihrer Dienstfrau in der  
Absicht, deren Gesundheit zu beschädigen, drei Schwefelölzer mit  
zwei Milligramm Phosphor in das für sie bestimmte und ihr  
zum Genusse vorgesetzte Warmbier. Obalich Phosphor in so geringer  
Dosis für einen erwachsenen Menschen seinerlei Gesundheitsnach-  
theile im Gefolge hat, und nur bei kleinen Kindern in gehörig präpa-  
riert Form den Tod herbeiführen kann, wurde das Dienstmädchen  
dennoch wegen verüchter Vergiftung angeklagt und verurtheilt. Die  
von der Angeklagten eingelegte Rechtsbeschwerde wurde vom  
Obertribunal juridisch gewiesen, indem es in seinem Erkenntnis aus-  
führte: „Richtig ist, daß nicht jede Substanz, welche nach der Ter-  
minologie der Wissenschaft oder des täglichen Lebens die Eigenschaft  
als Gifft beigelegt wird, auch im konkreten Falle in den Augen des  
Gesetzes ohne Rücksicht auf das angewendete Quantum und die mög-  
lichen Folgen als solches erscheint. Eine an sich giftige Substanz in  
einer so geringen Menge, daß die Möglichkeit eines gesundheitsbeschä-  
digenden Einflusses auf irgend weichen menschlichen Organismus  
ausgeschlossen bleibt, erscheint nicht mehr als Gifft, sie fügt unter den  
Gesichtspunkt einer Vergiftung absolut untauglichen Mittels,  
während über diese Grenze hinaus, den allgemeinen Grundsätzen  
über den Versuch entsprechend, es nicht darauf ankommen kann,  
ob nach Beschaffenheit des betreffenden Individuums der angewendete  
an sich seiner Menge nach zur Gesundheitsbeschädigung eines Men-  
schen, und wäre dies auch ein neu geborenes Kind, geeignete  
Stoff seinen Zweck zu erfüllen vermöchte.“

Danzig, 25. November. [Vortragss-Rundreise.] Der  
im vorigen Herbst auf Veranlassung des hiesigen Provinzial-Verbands  
für Verbreitung von Volksbildung in verschiedenen Städten der  
Provinz Preußen und demnächst auch in Bromberg Vorträge haltende  
Reisende Professor Robert v. Schlagintweit ist dieser Tage von  
demselben Verband zu einer neuen Vortragsreihe eingeladen worden  
und wird dieselbe gleich nach Neujahr beginnen. Wie wir hören, wird  
der oben genannte Verband diesmal auch den Vereinen der benachbar-  
ten Oste-Posen den Besuch des Herrn v. Schlagintweit gern ver-  
mitteln. Herr v. Schlagintweit hat sein vorjähriges Vortragss-Pro-  
gramm noch um interessante neue Materien, so die Hochgebirge Eu-  
ropas, Afrikas und Amerikas, die Völker Indiens, die amerikanischen  
Prairien &c. erweitert. (V. 8.)

Flensburg, 27. November. Wenn die „Flensb. Nord. Blg.“  
richtig unterrichtet ist, sind die einleitenden Schritte zur Einführung  
der deutschen Unterrichtssprache in den Schulen des dänisch  
redenden Theils von Nordschleswig gethan worden. Das Blatt  
meldet:

Die Königliche Regierung zu Schleswig hat vor einigen Tagen auf  
Veranlassung des Kultusministeriums eine Befehlsvorstellung an die  
Kirchenvisitationen der nordschleswigschen Propsteien erlassen, nach  
welcher die im Amt stehenden dänisch-redenden Lehrer haben geführt  
werden sollen, daß sie sich des Deutschen als der Unterrichtssprache mit  
Sicherheit bedienen können. Zu diesem Zwecke will der Kultusminister  
vom nächsten Jahre ab die Mittel bereit stellen, daß der bisher ein-  
mal im Jahr am Seminar zu Lunden stattfindende Kursus für dä-  
nisch-redende Lehrer zweimal jährlich abgehalten werde. Die Kirchen-  
visitationen sollen schon jetzt für die Auswahl der s. z. einzuberufen-  
den Lehrer die erforderlichen Vorbereitungen treffen. Außerdem sollen  
die Volksschulinspektoren veranlaßt werden, sich der Lehrer kräftiger als  
bisher anzunehmen; sie sollen regelmäßige Konferenzen mit den ihnen  
unterstehenden Lehrern, sowohl thunlich, in deutscher Sprache abhalten  
und überhaupt zur Förderung der Sprachfreiheit der Lehrer  
sich im Verkehr mit denselben der deutschen Sprache bedienen.  
Wo Lehrerbibliotheken bestehen, sollen dieselben mit zweitmäßigen deut-  
schen Werken versehen werden. Endlich wird im Auftrage des Mi-  
nisters angeordnet, daß in sämtlichen nordschleswigschen Schulen  
die im § 10 der allgemeinen Verfügung vom 15. Oktober 1872 vorge-  
schriebenen Tabellen und Listen vom nächsten Sommersemester an nur  
in deutscher Sprache geführt werden. Der Schluß dieser Befehlsvor-  
stellung läßt sodann erkennen, daß man höheren Orts großes Ge-  
wicht auf eine schmeichelnde und energische Durchführung der angeordne-  
ten Maßregeln legt und daß die baldige Erfüllung der deutschen  
Unterrichtssprache in den dänischen Schulen Nordschleswigs eine be-  
schlossene Thatfrage ist. Dieses erkennt auch das leitende Organ der  
nordschleswigschen Dänen, welches in Folge der Verfügung vollständig  
die sonst so schwierige Sprache verloren zu haben scheint und  
sich auf die Bemerkung befreit, daß sie, abgesehen von der nationalen  
Seite der Sache, die Einführung des Deutschen in den Schulen  
im hohen Grade nachtheilig für den Unterricht selbst halte und daher  
hoffe, daß die Regierung den jetzt betretenen Weg nicht weiter verfol-  
gen werde. Die dänischen Agitatoren in Nordschleswig wissen es so  
gut wie wir, daß die deutsche Unterrichtssprache dem Dänenhum den  
Todesstoss versetzt und sie werden daher alles ausspielen, diese Gefahr  
von sich abzuwenden.

Diese Schritte beweisen, daß die preußische Regierung entschlossen  
ist, die Dinge in den Grenzdistrichen nicht mehr in der Schwebe zu  
lassen und die Unmöglichkeit einer Verständigung mit dem lopenhagener  
Kabinett über die Ausführung des berufenen Artikels 5 des prager  
Friedens nunmehr endgültig ihr Konstilat erscheint. Je länger der  
gegenwärtige Zustand andauert, je mehr die Germanisierung in Kirche  
und Schule vorschreitet, je mehr die Interessen des Deutschlands in  
den Grenzdistrichen sich festigen, in derselben Weise wachsen die  
Schwierigkeiten einer Verständigung mit Dänemark. Der Artikel 5  
legt uns Dänemark gegenüber keine rechtlichen Verpflichtungen auf;  
die moralische Verbindlichkeit, unter der wir uns fühlen könnten, ist  
über und über ausgelöscht durch die wiederholt erklärte Bereitwilligkeit  
der deutschen Regierung, Dänemark einen gewissen Grenzstrich zurück-  
zugeben; an den ausschweifenden Forderungen der lopenhagener  
Staatsmänner sind diese entgegenkommenden Pläne gescheitert.

München, 26. Novbr. Zwischen dem Erzbischof von München  
und dem inzwischen abgereisten Bischof von Speyer haben, wie ver-  
sichert wird, in den letzten Tagen auch Besprechungen über den in der  
Angelegenheit des Hrn. Domkapitulars Hohn ergangenen Ministe-  
rialerlaß stattgefunden und es sollen nun Beratungen über diesen  
Gegenstand unter den sämmtlichen bairischen Bischöfen in Aussicht  
stehen.

Passau, 25. November. Die „Pass. Blg.“ berichtet: Vor dem  
Stadtpfarrer in Passau legte ein Brautpaar das Versprechen  
ab und wurde das Trauungsamt und der Trauungstag bestimmt.  
Am Trauungstage erkläre bereits auch die Orgel, als die Kunde er-  
scholl, „das Trauungsamt findet nicht statt, die Trauung unterbleibt“. Die  
Braut hatte gebeichtet und erklärt, daß sie nicht an das Unschärfe-  
sogma glaube, wurde nicht absolvirt und der Bräutigam, der  
dieselbe Erklärung abgab, wurde gar nicht zur Beichte zugelassen.  
Der Bräutigam wendete sich nun an den alfa-hoischen Geistlichen  
und erhielt von demselben die Auflösung, daß, wenn er der altkatholi-  
schen Gemeinde batrete und ein Zeugnis des Pfarrers über das vor-  
demselben bereits abgelegte „Besprechen“ beibringe, seiner Trauung  
kein Hindernis im Wege stehe. Als nun der Brautigam mit dem  
Verlangen, ihm ein Zeugnis über das bereits abgelegte Versprechen  
auszustellen, vor den Pfarrer trat, – befand sich dieser einige Zeit  
und erklärte dann: „Ihm sei es ganz gleich, was der Bräutigam und  
seine Braut glauben, er überlässe das ihrem Gewissen, übrigens  
traue er sie, und es koste auch nichts.“ Und also geschah es,

die Braut brauchte keine Absolution, der Bräutigam brauchte nicht zu  
beichten, sie wurden getraut und es kostete nichts.

Strasburg, 25. November. Dem „Schw. Merk.“ wird geschie-  
ben: In Bezug auf die Reise des Bischofs von Strasburg ent-  
hält der Pariser „Monde“ folgende interessante Notiz: „Bischof Räß  
hat sich, vom Rom kommend, letzten Mittwoch in Toulouse aufgehalten  
und ist Tags darauf nach Lourdes gereist, um ein Gelübde zu er-  
füllen, welches er während der Belagerung seiner Bischofsstadt gehabt  
hatte. Er hatte im Sinne gehabt, den Papst um Änderung dieses Ge-  
lübdes zu bitten, in Anbetracht seines hohen Alters; allein der h. Vater  
bestand auf Erfüllung desselben, indem er bemerkte: Geben Sie  
nach Lourdes, so sehr auch Ihr Herz Ihnen diese Pilgerreise widerröhrt!  
Der ehrwürdige Bräutigam zauderte darauf nicht länger trotz seiner wei-  
ßen Haare. Er ist jetzt in Lourdes, wo er für uns beten wird.“ Es  
gelernte Herr Räß zur Ehre, daß er Bedenken gehabt habe, nach Lourdes zu walfahren; das Alter wird der wahre Grund nicht gewesen  
sein; denn wenn man einmal den weiteren Weg nach Rom macht, kommt  
es ja auf den nicht sehr großen Umweg über Lourdes nicht an. –  
Mittelst Verfugung vom 22. d. hat der Oberpräsident auf Grund von  
Artikel 10 des Gesetzes vom 30. Dezember 1871 das weitere Er scheinen  
der von Buchdrucker Fr. Thiel herausgegebenen Zeitung „Das neue Straf-  
recht“ unteragt. Der Verleger Thiel hat sofort den Be-  
schwerdegang an das Reichskanzleramt angemeldet. Die „Straf. Blg.“  
sagt: „Jene Maßregel kam nicht unerwartet für das hiesige Publikum,  
welches, Eingewanderte wie Einheimische, die von Nummer zu Nummer  
gelehrte polemische Tendenz des Blattes verurtheilt, vor der nicht  
abzusehen war, wo sie ein Ende nehmen sollte. Sicher ist, daß die all-  
gemeine Auffassung die war, das Blatt schärfe die Ge-ensätze zwischen  
Eingewanderten und Einheimischen und predige die Notwendigkeit  
eines strengeren Regimentes gegen letztere; gibt es ja doch Leute,  
welche geradezu in dem Blatte ein Organ für das angeblich nicht zu  
rechter Geltung kommende Deutschland erblicken. Nationalen Hader  
schriften wäre aber das Fatalste, was im Augenblick erwartet werden  
könnte.“

Paris, 24. November. Die von den Bonapartisten in  
der Vorstadt Ménilmontant, einem ausschließlich von Arbeiter-  
nern bewohnten Viertel, veranstaltete Privatversammlung  
hat gestern Abend stattgefunden. Wie der Telegraph bereits berichtete,  
ist dieses Rendezvous der fashionablen bonapartistischen Welt stürmisch  
verlaufen. Einige wenige Blousen waren unter den Fracks vertheilt  
und die geringe Anzahl echter Belleviller fühlte sich augenscheinlich  
sehr unbehaglich. Um 9 Uhr erschien Herr Paul Cassagnac auf  
der Tribüne, von dem Rufe „Es lebe Cassagnac!“ Es lebe der  
Kaiser!“ empfangen. Der große Bonapartist und Redakteur des „Blags“  
gewinnt endlich das Wort.

Er sei, sagte er, der an ihn gerichteten Einladung gefolgt, weil  
er darin einen Ruf des Volks erblickt habe. Er sei ein Sohn von  
1789 und erkenne daher keinen anderen Vater an, als das Volk; vor  
diesem müßten sich Kaiser, Könige und Präsidenten der Republik  
verneigen. (Beifall.) Er wolle hier nicht dem Imperialismus das  
Wort reden, sondern sich auf einen breiteren Boden stellen, auf den  
Boden Frankreichs und der Vaterlandsliebe. Belleville sei wohl ein  
gefährlicher Ort, welcher schon Manchem Furcht eingejagt habe; er, der  
Redner, aber (sich den Schurkstreitend) fürche sich vor Niemand.  
Belleville sitze in dem Huze eines Vulcans, der Pada über ganz  
Paris ergiebt. Damit verleumde man aber nur Belleville und Paris  
selbst. Paris mußte sich zur Kloake für allen Auswurf der Provinz und  
des Auslandes vergeben, so daß es richtiger wäre, zu sauen, Belleville  
sei durch Paris beschmutzt worden. Darum wolle er sich nicht ver-  
höhnen, daß er an diesem Orte auf abscheuliche und blutige Er-  
innerungen stoßen werde, so auf die Erinnerung an Nochefort (eine  
elende Memme, welche sich anheißig mache), die soziale Frage in  
zehn Minuten zu regeln, und die nicht einmal die Rechnung mit der  
Drosche geregelt hat, in der sie ihre Haut in Sicherheit brachte.  
(Stürmischer Beifall.) Ferner auf die Erinnerung an Flourens; vor  
diesem aber zieht der Redner den Hut, da er seine Ueberzeugungen mit  
seinem Blute bestiegelt hat. (Sehr gut!) Das vorausgesetzt, will Redner  
auf die an ihn gerichtete Frage eingehen. Was würde geschehen, wenn  
das Kaiserreich wieder käme? Doch nein, zuvor will er lieber eine  
andere Frage untersuchen: Wozu hat die Republik bis jetzt gedient?  
(Höhnisches Bravo!) Redner geht, um dies zu unterfuchen, bis auf  
das alte Rom und Sparta, bis auf Manlius und Leonidas zurück; er  
beweist, daß alle diese so genannten Republikaner schwäbe Aristo-  
aten gewesen wären und daß in der Person Julius Cäsars das Volk über  
den Adel siegte, wie in der Person Napoleon's die alte Gesellschaft  
über die neue. Wenn jene Leute im Jahre 1870 gelebt hätten, so wäre  
Leonidas in einem Ballon aufgestiegen (Bravo!). Schwächer, bald er-  
stickter Widerpruch, Manlius hätte sich in einer Ambulanz von den  
Söhnen Jules Simons Zugpflaster auslegen lassen und Cato, der ge-  
strengte Cato, hätte die Zivilstandsregister gefälscht. (Bravo!) Auf die  
Neuzzeit übergehend, fragt er, was das Volk dem Jahre 1793 zu dan-  
ken hätte. Etwa die Freiheit und Gleichheit? Nein, diese datirten  
schon von 1789. Wissen Sie, was 1793 achtbar hat? Es hat Guillotin  
und mit Vorliebe Leute aus dem Volle, jawohl, es hat 11.000  
Bürgerliche und nur 1400 Adlige guillotiniert. Was die Revolution  
von 1848 betrifft, deren Überreste jetzt dem Volle einen Knebel anlegen  
wollen, um sich für den 24. Februar zu rüsten, so ist auch hier  
nieder die Menge von ihren Führern betrogen worden. Das Volk ist  
ehrlich, aber leichtgläubig; es erleidet den Tod auf der Barrakade,  
während seine Führer sich der Ministerien und Gendarmerien bermächtigen,  
ihm selbst aber gar nichts übriga lassen. (Ja wohl, so geht es  
immer!) Da nehm dann das Volk in den Zimmitagen seine Rache:  
man hat es aber unerbittlich hingeschlagen. Am 4. September (Aha!  
Eine Stimme: Und der Staatsstreich, von dem sprechen Sie gar  
nicht?) – Rufe: Hinaus mit dem Unterbrecher! Unbeschreiblicher  
Tumult.)

Redner: Ich ersuche vielmehr den Unterbrecher, auf die Tribüne

zu kommen und sich deutlicher anzusprechen. – Mit Mühe arbeitet

sich ein Individuum bis zu der Tribüne durch und bringt dort die  
Worte hervor: Ich bin unter der Republik aufgewachsen (Muren) und  
Zeuge gewesen, wie der Staatsstreich umgebracht hat. (Neuer  
Zumut und Peifen.) Der Mann verschwindet wie in einer Ver-  
senkung. Nach und nach wird es wieder ruhig und Herr Paul de Cas-  
sagnac fährt fort: Ich schreke vor dieser Frage vom Staatsstreich  
durchaus nicht zurück. Ich gebe zu, daß der Staatsstreich eine Ver-  
legung des Gesetzes war. (Bewegung, Rufe: Ja wohl! – Keineswegs!) Es entpint sich ein heftiger Wortwechsel in der Bührerschaft selbst.)

Der Präsident hatte am 2. Dezember ebenso wenig das Recht, die  
Assemblée wegzujagen, als am 4. September die Assemblée das Recht  
hatte, das Kaiserreich wegzujagen. (So ist es richtig!) Der Präsident  
hatte als eine Ungezüglichkeit begangen, aber er appellete an den Rich-  
ter, von welchen alle Regierungen abhängen an das Volk. Das Volk  
kann, wie der Papst, binden und lösen, alle Gesetze und Dekrete sind  
nur auf Sand geschrieben und das allgemeine Simumrecht tritt sie mit

seinem müchtigen Fuße hinweg. Nun denn, das Volk hat das Kaiser-  
reich freigebracht (Donnernder Beifall). Ohne Zweifel konnte der  
Staatsstreich nicht vor sich gehen, ohne einige Menschenleben zu kosten.

Was ist das aber im Vergleich mit dem 4. September und seinen  
Folgen? Als das irregelmäßige Volk noch einmal an seinen Führern  
Rache nehmen wollte, gab es 25.000 Tode und 40.000 Verhaftungen.

Darin hatten es die Thiers, die Jules Favre, die Picard gebracht.

Was Gambetta betrifft, so lag er am Ocean, um sich die Füße zu  
waschen. (Heiterkeit) Unter den Männern, die sich damals empöten,

unter diesen Opfern trügerischer Vorstellungen, gab es mehr Irre-

gesetz, als Schulzige; die wahren Schulzigen stehen noch heute auf  
ihrem Platz. (Sehr wahr!) Das hat die Republik dem Volle ein-  
getragen. Wie lange werden sich die Schwäzer und Advokaten des  
Volles als einer Sturmfeuer bedienen, die sie dann mit dem Fuße  
von sich stoßen? (Donnernder Beifall) Redner will gleichwohl zu  
geben, daß es auch ehrliche Republikaner giebt. Diese träumen von  
einer idealen Republik, die er sich gern gefallen lassen möchte, wenn  
sie nicht leider ein Trugbild wäre. Die wahre Republik ist diejenige,

welche auf den Rand gewisser Geldmünzen eingegraben ist: Répu-  
blique française. Napoléon Empereur. (Dreimalige Beifallsjaube,  
man schwent die Huie.) Und nun zu der Frage, was das Kaiserreich  
ihm würde, wenn es wiederkehrt. Das Kaiserreich kann man nach  
seinen Thaten, nach seinen Wohlthaten beurtheilen. Als soche zählt  
der Redner auf: die Verbreitung der Staatschuldtitle über alle  
Stände, den Aufschwung von Handel und Gewerbe, die Bauten von  
Paris. Jetzt ruhen diese Bauten, denn es fällt der Republik nicht  
ein, wieder aufzurichten, was sie zerstört und verbrannt hat.  
(Spöttischer Beifall.) Ferner: die Waisenanstalten, die Bäder.  
(Eine Stimme: Um uns klares Wasser einzuschenken!) Rufe: Zur  
Ordnung! Hinaus mit dem Unverschämten! Weiter: die Volks-  
küchen. (Ein Hörer will sprechen, wird aber nicht zum Worte zugelassen.) Ja, die Freiheit freitlich hat das Kaiserreich anders verstan-  
den, als die Republik. (Es hat Recht gehabt!) Heute, unter dem  
Belagerungszustand, haben wir gar keine Freiheit mehr, während  
man uns einreden will, daß wir alle Freiheiten besäßen. Das Kaiser-  
reich gab praktische Freiheiten, die Freiheit, billig zu essen, zu trinken  
und zu schlafen. (Schwacher Beifall.) Es gab dem Volke Wohl-  
stand und das will man jetzt Korruption nennen. Das Volk hat  
das Recht, sich zu korrumpern, ist es nicht der Herr? Wenn  
das Kaiserreich wieder kommt (Rufe: Es wird wiederkommen!), nun,  
dann wird es dem Volke auch wieder Wohlstand geben. (Stürmischer  
Beifall.)

Redner glaubt im Namen des Kaiserreichs – und das Kaiser-  
reich hält, was es verkündt – ver sprechen zu können: Abschaffung  
der Ostrois, Veränderung der Gesetze über Erbrecht und Besitzwechsel,  
Einführung der Einkommensteuer, mit welcher der Reiche mehr und  
der Arme weniger zu zahlen hat. (Donnernder Beifall.) Das wird  
das Kaiserreich thun, wenn es wieder kommt. (Rufe: Es wird wieder-  
kommen!) Redner wendet sich zum Bureau: In der Art, wie Sie die  
Frage stellten, haben Sie schon selbst gesagt, daß es wiederkommen  
wird. Und in der That, es wird wiederkommen. Vor Allem, weil  
die Verfassung es gestaltet. Die Partei des Kaiserreichs braucht keine  
Verschwörung, sondern kann sich auf dem Boden der Gesetzesheit halten;  
sie kann warten, da sie die Regierung in den Händen eines rech-  
tschaffnen Mannes weiß. Und darüber freut sie sich, denn so lange  
dieser Mann am Ruder steht, stehen gewisse andere Leute nicht am Ru-  
der. Das Kaiserreich wird also wiederkommen, wenn da Volk es will.  
(Ja wohl, unsere Zahl ist sieben Millionen!) Es wird genügen, das  
Volk zu fragen, ob es die Republik oder das Kaiserreich will.  
Mögen sich alle Parteien seinem Verdikt unterwerfen und Frank-  
reich wird gerettet sein! Redner verläßt unter frenetischem Beifall die  
Tribüne. Ein Republikaner löst ihn ab. Rufe: Wie heißt er?  
Präsident: Chapelain. (Nein!) Kinglin. (Heiterkeit.) Catelain.  
(Neues Gelächter und Peifen.) Der Mann gelangt endlich zum Wort.  
Ich bin, sagt er, ein alter Einwohner von Belleville und habe in un-  
serem Viertel noch nie eine so glänzende Versammlung gesehen. Ich  
sehe eine Menge von Gesichtern, die mir noch nie in Belleville aufge-  
stoßen sind. (Neues Murmeln und Peifen.) Eine vollständige Kassen-  
musik. Dazwischen die Rufe: Es lebe die Republik! Es lebe der Kai-  
ser! Es lebe der kaiserliche Prinz! Es lebe Napoleon IV.! Endlich,  
nach dem Takte: des lampions, die Rufe: Nous l'aurons nous l'a-  
urons!) Unter diesem Höllenlärm wird die Sitzung um 10½ Uhr auf-  
gehoben. Alles stürzt sich auf die Garderober. An der Thür ruft ein  
Gassenjunge: Das sind mir schöne Belleviller, diese Herren mit ihren  
Ueberziehern! Alle Kinder sind im Nu vergriffen und eine Abtheilung  
Stadtgeräte stellt die Ordnung auf dem Boulevard wieder her.  
– Morgen soll übrigens, genügsam zur Sühne des Cassagnacschen  
Unfalls in derselben Salle Graffard eine Privatversammlung von  
Radikalen stattfinden, in welcher Louis Blanc eine große Rede halten  
wird. Die meisten Gemeinderäte von Paris, sowie die Abgeordneten  
Madrier de Montebello, Naquet, Ordinaire, Léon, Daumis, Laurent,  
Bichat, Tolain und Andere haben ihr Erscheinen zugesagt. Rouher  
billigt die Rede Cassagnac's nicht, er befürchtet, sie könne schlechten  
Eindruck in Petersburg machen.

## Lokales und Provinzielles.

Bogen, 30. November.

r. Zum stellvertretenden Landrat des Kr

**r. Der Quartierbedarf** für die Truppen der Garnison stellte sich im Laufe d. J. in Folge besonderer Eintheilungen von Übungsmannschaften bedeutend höher, wie im vergangenen Jahre. Es waren in Bürgerquartieren dauernd untergebracht: während des Wintersemesters 1874/75 nach Eintheilung der Rekruten 1253 Mann und 7 Pferde, während des Sommersemesters 1251 Mann. Hierzu kamen: 1) Für die Dauer der Übungssperiode vom 19. April bis 29. Mai d. in drei verschiedenen Raten je 1100 M. oder zus. 3300 M.; 2) ferner fand in der Zeit vom 31. Mai bis 10. Juni d. eine Kranienträgerübung statt; während welcher im Ganzen 161 Mann (inkl. Offiziere) in Bürgerquartieren untergebracht werden mußten; 3) im Monat Juli d. wurden die Kompanien der Infanterie-Regimenter auf den Übungsbataillons komplettiert, wodurch ein Mehrbedarf an Quartier für 631 Mann trat. In der Zeit vom 5. bis 20. August war außerdem das Füsilier-Bataillon 1. Westpr. Gren.-Regt. Nr. 6 in einer Stärke von zusammen 627 Mann (inkl. 17 Offizieren) und 7 Pferden in Bürgerquartieren untergebracht. Marschquartier, resp. Marschverpflegung erhielten: vom 1. Aug. 1874 bis dahin 1875: 606 Mann, exkl. 11 Offizieren. An Vorräumen wurde zu Militärsachen pro 1874/75 gestellt: 16 einspannige und 51 zweispänne Wagen. Mit Marschgeld wurden 30 wieder eingezogene Dispositionen-Milauber abgeführt. Die Reform des Einquartierungswesens unterliegt noch der Beratung. Die Servisdepuration hat sich bereits über einen veränderten Modus der Einquartierung, für welche seit 1823 verfügte, nicht mehr zu rechtfertigende Gründzüge bestehen, schlußig gemacht.

**r. Im naturwissenschaftlichen Vereine** werden während des Winterhalbjahrs 1875/76 in der Aula der Realschule 6 Vorträge gehalten werden, und zwar vom Ingenieur Mayer „über verschiedene Bewohner der Sunda-Inseln (mit Berücksichtigung von Atchin)“, von Dr. Bauly „über Krankheits-Ursachen von Epidemien“, von Dr. May „über Essferment“, von Dr. Landsberger „über Schulhygiene“, von Dr. Jones „über Ernährung des Tierkörperns“, von Professor Dr. Saarläwitz „über Neben- und Unterstrom der Warthe“. Der erste Vortrag findet am 9. Dezember d. J. statt.

**r. Lachsfischerei in der Warthe.** Der Vorstand des landwirtschaftlichen Provinzialvereins ist seitens der lgl. Regierung zu Posen zu einer gutachtlichen Auskunft darüber aufgefordert worden, ob nach den bestehenden Verhältnissen von einer Ausweitung janger Lachs ein Nutzen für die Wiederbelebung der Fischzucht in der Warthe zu erwarten sei. Ja dem Gattchen ist diese Maßnahme befürwortet worden; wenn auch nach eingegangenen Erklärungen seit Menschen-gedenken Lachs in der Warthe nicht mehr gefangen seien, so liege doch kein Grund vor, welcher dem Lachs den Aufenthalt und das Fischen in der Warthe verwehre, die geeignete Lachsfäße darbiete. Auch ist darauf hingewiesen worden, daß in den letzten Jahren in den Zuflüssen der Warthe, der Nege, Odra und Küddow zahlreiche Lachs gefangen worden sind, deren Vorkommen man der erfolgten Aussaat von Lachsfutter in der Oder zugeschreibt. Das „Landwirtschaftliche Centralblatt für die Provinz Posen“ bemerkte hierzu: „Winningswert erhält es, daß auch in unserer Provinz Stationen für künstliche Fischzucht ins Leben gerufen werden, um durch dieselben die öffentlichen Gewässer wieder zu beleben. Der Transport der Fischzucht ist nur zu leicht mit erheblichen Verlusten verbunden, wozu durch die Nähe von Pommeren Gelegenheit zu einem begünen Bezug von Eiern gegeben wäre. Überhaupt dürfte der Herr Minister für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten, welcher der Erhaltung der Fischzucht seine belobende Fürsorge zugewandt hat, sich gewiß bereit finden lassen, zu den Kosten der Einrichtung solcher Zuchstationen, die sich nur auf etwa 300 Thir. belaufen, eine Subvention zu gewähren.“

**r. Von Granitinnen** wurden im abgelaufenen Jahre unter Lieferung der Rinnen durch die Abzäunen auf Kosten der Stadt 354 lauf. Meter verlegt. An Granitrohrröhrenplatten kamen beim Magistrat behufs späterer Vergütigung aus dem Hundsteuersfonds 462 laufende Meter zur Anmeldung, so daß zur Zeit in der Stadt verlegt sind: 5764 l. Meter Granitinnen und 24.459 l. Meter Granitplatten.

**W. Borek,** 27. November. [Kohlendorf.] Dieser Tage waren drei Menschenleben hier in Gefahr, an Kohlensturz zu ersticken. Die Mutter, Schwester und das Kind eines bisherigen Gasthofbesitzers, welche in einem Zimmer schliefen, das spät mit Kohlen geheizt war und in welchem die Ofentürkappe aufwärts geschlossen wurde, waren bereits dem Erstickungsode nahe als dies noch rechtzeitig bemerkt wurde. Sofort herbeigeschaffte ärztliche Hilfe brachte die Verunglückten wieder zum Leben zurück und ist Hoffnung für deren vollständige Wiedergenugung vorhanden.

**g. Autroschin,** 28. November. [Obgleich die polnisch-katholischen Gemeinden fast durchweg der deutschen Sprache so weit mächtig sind, um die für die Standesämter nötigen Unterlagen, wie Tauf- und Todtenscheine &c. in dieser Sprache auszustellen, so beliebten sie doch in neuerer Zeit selbst dientigen, denen dies zuvor gar nicht beigekommen war, die in Rede stehenden Scheine nur in polnischer Sprache abzufassen. Dies veranlaßte ein hiesiges Standesamt diese Unterlagen auch fernerhin deutsch geschrieben zu verlangen, woraus Anlaß genommen wurde, zur lateinischen Sprache zu greifen, und zwar wie auf Kommando von verschiedenen Seiten. Da auch diese Scheine zurückgewiesen wurden — denn der Standesbeamte ist nicht verpflichtet, lateinisch zu verstehen — so entschied die Regierung in Folge Beschränkung, daß die Geistlichen die Ausstellung in derjenigen Sprache zu bewerkstelligen haben, in welcher das Kirchenbuch geführt wird, und daß hingegen der Standesbeamte berechtigt wäre, zu verlangen, daß ihm die Geistlichen eine deutsche Übersetzung des Altesten beifügen.]

**E. Peterauer** (bei Oberstift), 27. Novbr. [Goldene Hochzeitsfeier. Chausseevollendung] Das Kantor Siebar'sche Ehepaar hier feierte am Mittwoch in noch ziemlicher Rüstigkeit seine goldene Hochzeit. Das Fest wurde von dem Gesangverein in Oberstift mit dem Psalm „Der Herr ist mein Hirt“ und der Hymne „Doch ich tauende Bungen hätte“, eingeleitet. Die Kollegen der Pfarrer Peterauer und der Nachbarpfarre Oberstift überreichten dem Jubelpaar einen Regulator, ebenso Schülern eine schöne Lampe, Fackelzeuge, Freunde und Freundinnen anderweitige Gegenstände. Festansprachen wurden von den beiden Pastoren der genannten Pfarren gehalten. Nur die Schulgemeinde hatte sich von der sonst so regen Beteiligung ausgeschlossen und es nicht vermocht, auf den Vorschlag des Schülers aus der Schule eine Beschlüsse zu jener Feier zu bewilligen, obwohl der hier schon 53 Jahre im Amt stehende, allgemein als höchstes von seiner anerkannte Lehrer nicht nur alle anerkannten weiblichen Verdienste um ihre Schule, sondern auch noch in vielen anderen Beziehungen um diese Gemeinde hat. Seit dem 15. d. ist die Chaussee Charniak-Wronke in ihrer ganzen Ausdehnung dem Verkehr übergeben, indem die noch von Lubacz über Miłkow und Klempis in der Richtung auf Peterauer (Pietrowo) bis zur Kreisgrenze zu bauen gewesene Strecke jetzt auch vollendet ist. Seither geht auch die czarnka-mirowski Post nicht mehr von Lubacz aus über Stawow, eine furchtbare Straße, sondern über Miłkow, wohin auch die Postagentur von Stawow verlegt worden ist, zum Chaussee-Knotenpunkt Peterauer, und hier in die Strecke Oberstift-Wronke einmünden, westlich im stumpfen Winkel nach Wronke.

**o. Budewitz,** 25. November. [Jahrmarkt. Schulverhältnisse. Feuer.] Gestern wurde der letzte Jahrmarkt in diesem Jahre abgehalten. Seit Jahren war der Besuch desselben nicht so spärlich als gestern. — Vorgestern fand im evangelischen Schulgebäude die Wahl von 5 evang. Gemeinde-Beratern statt, die sich demnächst mit der Frage wegen Anstellung eines zweiten Lehrers an der evang. Schule zu beschäftigen haben werden. Die Schule zählt gegenwärtig über 150 Kinder, welche in Halbtagschule unterrichtet werden müssen, weil der vorhandene Raum nur höchstens 85 Kinder fasst. Dieser Zustand hat nun bereits eine ziemliche Reihe von Jahren andauert, es ist also die höchste Zeit, daß noch eine Kraft angefordert wird. Da zu Beratern der Gemeinde solche Männer gewählt worden sind, welche für das Wohl der Schule und der schulbefindenden Jugend ein warmes Herz haben, so sieht die Anstellung eines zweiten Lehrers wohl bald zu erwarten. — Die Verhandlungen betr. Errichtung einer Simultan-Schule in hiesiger Stadt sind vollständig gescheitert. Die hiesige katho-

lische Schulgemeinde wird wohl auch sehr bald daran denken müssen, einen dritten Lehrer anzustellen, da über 240 Kinder von nur zwei Lehrern unterrichtet werden. Die jüdische Schule zählt dagegen nur einige zwanzig Kinder. — Heute Nacht brannte in dem Dorfchen Stenschewko eine Wirtschaft total nieder.

## Staats- und Volkswirtschaft.

**\*\* Zur Affaire Strousberg.** Wie bereits mitgetheilt, ist in Moskau gegen Strousberg die strafgerichtliche Untersuchung wegen Bestechung und Vorstiegung falscher Thatsachen eingeleitet worden, auf welches Vergehen die Strafe der Verbannung nach Sibirien gelegt ist. Mittheilungen aus Prag zufolge ist auch dort gegen Strousberg die strafgerichtliche Untersuchung eingeleitet. — **Zur Angelegenheit der moskauer Kommerzialschule.** Die Liquidations-Kommission, die ihre Arbeiten im Gebäude der Bank begonnen hat, übernimmt gegenwärtig von den vom Kommerzjerat ernannten Massa-Kuratoren das Vermögen der Bank und empfängt Eingaben von den Einlegern, die in Masse die Säle der Bank erfüllen. Wie wir der „Mosk. Blg.“ entnehmen, ist am 23. November der Buchhalter der Kommerzialschule, der Friedrichshamsche Kaufmann N. N. Laschevskow, unter Haarschafft gestellt worden. Am 24. November berörte der Untersuchungsrichter den Konsulspräsidenten der Bank Herrn Borissowitsch und den Direktor der ausländischen Abteilung Herrn Landau. Am 24. November verhandelte nach derselben Dielle das Bezirksgericht in interner geschäftlicher Sitzung über die Beschwerden der Herren Schumacher, Borissowitsch und anderer Mitglieder des Konsuls der Bank gegen die Handlungen des Untersuchungsrichters, die derselbe bei ihrer Hinziehung zur Kriminaluntersuchung und ebenfalls bei den hinsichtlich Mehrerer ergrieffenen Sicherheitsmaßregeln für nötig befunden. Herr Schumacher unterstrich persönlich vor Gericht seine Beschwerde, da nach der hier herrschenden Praxis das Gericht während der Dauer der Voruntersuchung keine Vertheidiger zu offizieller Teilnahme am Verfahren zuläßt. Das Bezirksgericht hat, wie der „M. B.“ mittheilt, wegen der Kompliziertheit der Sache die Bekundigung seiner Resolution bis auf Montag den 29. November verschoben.

**\*\* Nürnberg,** 25. November. [Hopfen.] Den Markt kennzeichnet seit Beginn der Woche ein so reger Geschäftserkehr, daß der Abzug die Befuhren wesentlich übertrifft, allein die großen Lagerbestände bedürfen einer noch größeren Erleichterung, wenn das Angebot mächtiger, die Tendenzen einer festen werden soll. Die meisten Vorläufe bestehen aus Hallertauern und ausländischen Hopfen. Die Räumung der fränkischen Distrikte geht indeß der Vermuthung Raum, daß die Landzufuhren nicht mehr bedeutsam werden. Der heutige Markt bekam 400 Ballen Befuhrt und verkehrte bei scheinbar festlerer Stimmung; es konnten günstige Markthopfen 30—33 fl., die wenig vorhandenen blanken Gebirghopfen 33—38 fl. leicht erzielen, während dunkle, mitschwarze, unter seitherigen Notirungen begeben werden mussten. In seinen Sorten wurde wenig gehandelt, es sind etliche Abschlüsse in Lagerbierhopfen, welche aus Hallertauern und Württemberger bestanden, zu 48.50—54 fl. angezeigt. Nachschrift 12 Uhr. Der Geschäftsverlauf hat sich günstiger gezeigt und Preise besserer Sorten, Bolen und Glässer sind wieder zu 40—44 fl. Hallertauer Ausfall Brima zu 52—56 fl. übernommen worden. — Der Umsatz bejßt 700 Ballen.

**\*\* Barletta 100 Fr.-Pooje von 1870.** Ziehung vom 20. November cr. zahlbar vom 20. Mai 1876 an. Mit 100 Fr. rückabare Obligationen: Serie 4590 von Nr. 1—50. a 50,000 Fr. Serie 1874 Nr. 5.

## Telegraphische Nachrichten.

**Köln,** 29. November. Bei der heutigen Stadtrathswahl in der ersten Klasse wählten von 360 Wahlberechtigten 280. Sämtliche liberale Kandidaten wurden mit 200 Stimmen Majorität wieder gewählt.

**Dresden,** 29. November. Die Kaiserin Augusta ist von Weimar kommend heute Nachmittag nach 4 Uhr zum Besuch des königlichen Hofes hier eingetroffen. Der König, die Königin und die prinzlichen Herrschafter waren zum Empfang auf dem Bahnhofe anwesend. Die Ankunft erfolgte wegen Schneetreibens auf der Eisenbahn mit einstündigiger Verspätung.

**Wien,** 29. November. Zum Universalerben des Herzogs von Modena ist der Neffe des Kaisers, Erzherzog Franz Ferdinand, eingestellt, doch muß derselbe den Titel „Erzherzog von Österreich-Este“ annehmen. Der Graf von Chambord und der Präsident Don Carlos gehen wider Erwarten leer aus. Der Infant Don Alfonso, Bruder von Don Carlos, erhält die Herrschaften in Böhmen und Bayern. — Der verstorbene Kardinal Nausch hat vor seinem Ableben den Weihbischof Kutschler zu seinem Nachfolger auf dem erzbischöflichen Stuhl von Wien empfohlen. (H. T. B.)

**Prag,** 29. November. Eine hier stattgehabte Arbeiterversammlung beschloß gestern nach mehrstündiger Debatte eine Resolution, bezweckend eine zehnstündige Arbeitsdauer, Einführung des Schulzwanges bis zum 14. Lebensjahr, Fernhaltung der Kinder vor der Fabrikarbeit, Aushebung des Sängeldes und Gründung eines Arbeiterunterstützungsvereins durch den Staat. Die Versammlung war sehr zahlreich besucht und verließ ohne Störung. (H. T. B.)

**Berl.** 29. November. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Regierung in der Frage wegen der Kündigung des austro-ungarischen Böllbündnisses interpellirt. Der Ministerpräsident Tisza versprach, die Interpellation in der morgenden Sitzung zu beantworten. — Der „Pester Lloyd“ will wissen, die Antwort werde dahin erfolgen, daß die Kündigung keineswegs einen Bruch involviere, sondern nur den Beginn neuer Verhandlungen bezeichne, die innerhalb eines Jahres notwendig zu einer Einigung führen müßten. Wie das genannte Blatt ferner meldet, hätte der Kaiser die Kündigung des austro-ungarischen Böllbündnisses bereits gutgeheißen.

**Paris,** 29. November. Lessps hat ein Birkular veröffentlicht, in welchem er daran erinnert, daß zur Zeit, als die Subskription auf die Suezkanal-Aktionen eröffnet wurde, ein bedeutender Theil derselben für England reservirt worden sei, welches damals an der Subskription nicht nur nicht Theil nahm, sondern den Bau des Kanals bekämpfte. Heute erhalte England den Theil, der ihm damals lohner Weise reservirt worden sei. In Folge dessen müsse England notwendiger Weise von jener feindseligen Haltung ablassen, die es ehemals den Aktionären gegenüber, die das Unternehmen gründeten, beobachtet habe. Lessps glaubt, die mächtige Solidarität, welche jetzt zwischen den englischen und französischen Kapitalen behufs einer rein industriellen und somit friedlichen Ausbeutung des Suezkanals eintreten werde, vielmehr als eine glückliche Thatsache ansehen zu dürfen.

**London,** 29. November. Das ministerielle Journal „Globe“ erklärt sämtliche Nachrichten von einer beabsichtigten frühzeitigeren Einberufung des Parlaments für unbegründet.

**Copenhagen,** 29. November. Der Reichstag hat heute seine Sitzungen wieder aufgenommen. Der Finanzminister legte den Budgetentwurf vor und erklärte, daß die Finanzlage des Landes eine durchaus gute sei. In Folge dessen würden sich auch die im Budget

eingerichteten anberordentlichen Ausgaben für das Heer, die Flotte und die Bevölkerungsverwerfung, von denen der Minister gleichzeitig Mittheilung macht, bestreiten lassen, ohne daß deshalb neue Steuern erforderlich werden würden. Die Budgetvorlage weise so wenig Neues auf, daß die Regierung hoffe, die Diskussion des Budgets werde innerhalb des durch das Grundgesetz vorgeschriebenen Termins erledigt werden. Unter den Vorlagen, welche dem Reichstage zur Beratung zugehen werden, befindet sich unter Anderem auch ein Gesetzeswurf, betreffend das Verbot der Einfuhr von Kartoffeln aus Nordamerika

**Pest,** 29. November. In der heutigen Abendsonderzeit der liberalen Partei erklärte Ministerpräsident Tisza bestmöglich der Interpellation, betreffend die Revision des Zoll- und Handelsbündnisses, daß die ungarische Regierung ihre Kündigung des Vertrages gestern der österreichischen Regierung schriftlich angezeigt habe, er hoffe aber bestimmt, eine Einigung mit der österreichischen Regierung zu erreichen, umso mehr, als dieselbe sich geneigt zeige, alles Mögliche zur Aufrechthaltung des gemeinsamen Böllgebietes zu thun. Tisza mahnt von Illusionen betreffs der Restitution der Bevölkerungssteuer ab.

**Versailles,** 29. Novbr. Die Nationalversammlung lehnte im weiteren Verlaufe der Sitzung mit 379 gegen 330 Stimmen ein Amendement ab, wonach Algerien sechs Deputirte wählen sollte statt der in zweiter Lesung angenommenen drei.

**Bularest,** 29. Nov. Die Kammer wählte einstimmig den Fürsten Ghika zum Präsidenten. Die ehemaligen Vizepräsidenten wurden wieder gewählt, worunter sich auch der frühere Minister des Außenw., Bicesco, befindet. Das gesamte Bureau ist regierungsfreudlich.

**Berantwortlicher Redakteur.** Dr. Julius Wagner in Bösen. Für das Folgende übernimmt die Redaktion seine Verantwortung.

## Berliner Viehmarkt.

**S Berlin,** 29. November. [Wochenbericht.] Auf heutigem Viehmarkt standen an Schlachtrieb zum Verkauf: 1667 Stück Hornvieh, 8237 St. Schweine, 4025 St. Hammel, 929 Stück Kalber. Das Geschäft nahm heute einen lebhaften Gang und die regere Kauflust machte es den Eignern möglich, bessere Preise durchzuführen. Hornvieh verkauft sich schnell zu höheren Preisen. Das eingetretene Frostwetter hat auch diesmal einen günstigen Einfluß auf das Geschäft geübt. Es wurde bezahlt mit 57 bis 60 M., IIa. 48 bis 51 M., IIIa. 39—42 M. pro 100 Pf. Fleischgewicht. Auch in Schweinen nahm das Verkaufsgeschäft einen lebhaften Charakter an und wurde besonders seine Waare rasch dem Markt entnommen. Beste fette Kernware erzielte 60 M. pro 100 Pf. Fleischgewicht. Bäckermeier 57 Mrl. Von Hammel war beste Qualität sehr begehrt und wurden mit 23 M. pro 45 Pf. Fleischgewicht bezahlt. Geringere Qualitäten wurden zwar auch begehrt, erzielten aber nicht so gute Preise. Kalber liegen bei lebhaftem Geschäft gute Mittelpreise durch.

## Telegraphische Börsenberichte.

**Danzig,** 27. November. Getreide-Börse. Wetter: ziemlich kalter Frost bei klarer Luft. Wind: S. O. Weizen solo war am heutigen Markte bei schwachem Angebot in sehr ruhiger Stimmung und sind 270 Tonnen zu ziemlich unveränderten Preisen gekauft worden. Bezahl für Sommer: 132 3/4 Pf. 190 M., roth 132 1/2, 129/30 Pf. 200 M., grau 126 7/8, 129/30 Pf. 200 M., grau 125, 128 Pf. 205 M., 129, 131 Pf. 207, 208 M. hellblau 128 9, 131 2 Pf. 212 M., 132 Pf. 213 M., 135 Pf. 217, 218 M., hellblau grau 124 Pf. 2 3 M. per Tonne. Termine fest gebaut. November 205 M. bez. April-Mai 220 M. V. nach Schluss des Marktes 217 M. Br. Regulierungspreis 203 M.

Roggen solo bei reichlicher Befuhrt matter. Bezahl ist für 125 Pf. 160, 161 M., 126 Pf. 162 M., 127, 128 Pf. 162 M. per Tonne. Umsatz 75 Tonnen. Termine nicht gebaut. April-Mai 160 M. V. B. Regulierungspreis 152 M. — Erbsen solo 170 M. per Tonne. — Hafer solo russischer 155 M. per Tonne. — Sennit solo ist zu 45 M. per 10,000 Literproz. gekauft. April-Mai 49 1/2 M. Br.

**Wreslaw,** 29. November, Nachmittags. (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 Pf. pr. November 44 00, pr. April-Mai 47, 00. Weizen pr. November-Dezember 190, 00. Roggen pr. November 150, 50, pr. Dezember-Januar 150, 50, pr. April-Mai 158 00. Rübbel pr. November 71, 00, pr. Dezember-Januar 71, 00, pr. April-Mai 72, 50. Rindf. fest.

**Köln,** 29. November, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt). Weizen fester, hiesiger solo 20, 50, fremder solo 21, 00 pr. November 20, 70 pr. März 21, 60. Roggen fester, hiesiger solo 16, 00 pr. November 14, 70, pr. März 15, 60. Hafer fest, solo 18, 00 pr. November 18, 20, pr. März 17, 50. Rübbel fest, solo 38, 20 pr. Mai 38, 70. — Wetter: Frost.

**Hamburg,** 29. November, Nachmittags. Getreidemarkt. Weizen solo füll, auf Termine rubig. Roggen solo füll, auf Termine rubig. Weizen pr. Novbr. 197 Br., 196 Od., pr. Dezember-Januar pr. 1000 Rlo. 197 Br., 196 Od., Roggen pr. November 154 Br., 152 Od., pr. Dezember-Januar pr. 1000 Rlo. 150 Br., 149 Od. — Hafer ruhig. — Gerste füll. — Rübbel fest, solo —, pr. November —, pr. Mai pr. 200 Pf. 77. Spiritus rubig., pr. November 37, pr. April-Mai 38, pr. Juni-Juli pr. 10

Berlin, 29 Novbr. Wind: O, mäßig Barometer 28. Thermometer - 5.0 R. Witterung: Bedeckt.  
Weizen loko per 1000 Kilogr. 175-220 Rm. nach Dual. gef., gelber per diesen Monat 202 Rm. b1. Nov.-Debr. do, Jan.-Febr. -, April-Mai 214-215 b1. Roggen loko per 1000 Kilogr. 154-170 Rm. nach Dual. gef., in änd. 162-168 ab Bahn, russ 154-157 ab Kahn, neuer - ab Bahn b1, per diesen Monat 157-157,50 b1. Nov.-Debr. do, Debr.-Jan. 157-157,50 b1. Frühjahr 159 b1, Mat.-Juni 157 b1. Gerste loko per 1000 Kilogr. 136-184 Rm. nach Dual. gef. - Hafer loko per 1000 Kilogr. 135-182 Rm. nach Dual. gef. oft. u. westpr. 150-171, vomm. u. meist 168-175, russ. 143-170, böhm. u. sächs. 165-175 ab Bahn b1, per diesen Monat 159,50-161 b1. Nov.-Debr. 158 b1, Jan.-Febr. -, Frühjahr 168 b1. Erbsen per 1000 Kilo. Knochenmaare 184-227 Rm. nach Dual. Futtermaare 175-183 Rm. nach Dual. - Käse der 1000 Kilogr. - Rm. - Rüben - Rm. -

### Breslau, 29. Novbr. Nachmittags.

Ablaufend.

Freiburger 76,00 de. jange - Oberschles. 143,50 R. Ober-  
West-St. 97,75. do. do. Prioritäten 105,00. Franzosen 510,00. Lombardien 187,00. Silberrente 65,25. Stahlmärkte 29,75. Breslauer  
Hochstiftsbank 61,25. do. Wechslerbank 61,00. Schles. Bank 85,50.  
Kreditaktien 334,50. Lärchahütte 65,00. Oberschles. Eisenbahnbet.  
Oesterreich. Bank 177,75. Russ. Banknoten 267,75. Schles. Berlin-  
Bank 88,00. Oesterreich. Bau. - Breslauer Prov.-Wechslerb. -  
Franzia 85,50. Schlesische Centralbahn - - Bresl. Ostf. -

### Telegraphische Korrespondenz für Bonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 29. November. Nachmittags 2 Uhr 30 M. Biennal fest bei geringem Geschäft. Privatdiskont 3% p.Ct.  
Schlußkursie Londoner Wechsel 203,20. Pariser Wechsel 80,80. Wiener Wechsel 177,50. Franzosen\*) 254%. Böhm. Wechsel 167. Lombarden 94%. Galizier 176%. Elisabethbahn 142%. Nordwestbahn 124%. Kreditaktien\*) 166%. Russ. Bodenr. 86%. Russen 1872 - Silberrente 65%. Papierrente 61%. 1860er Jahre 111%. 1864er Jahre 302,00. amerikaner de 1885 99%. Deutsch-Oesterreich. 74%. Berliner Bankverein 74%. Frankfurter Bankverein - do. Wechslerbank 72%. Bankaktien 807,00. Meiningen Bank 81%. Böhme'sche Elsterbank - Darmstädter Bank 112%. Hess. Ludwigsl. 94. Oberhessen 72%. Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 167%, Franzosen 256, Lombarden 94%. Reichsbank - Galizier 175%. Frankfurt a. M., 27. Novbr. Abends. 1. Erfolgen-Sozietät Kreditaktien 168%. Franzosen 255%. Lombarden 95%. Galizier - Elisabethbahn - Reichsbank 153%. 1860er Jahre 111%. Rudolfsbahn 109. Spanier 17%. Fest. Central Pacific schloß 87%. Wien, 29. November. Vormittags 10 Uhr 5 Minuten. Kreditaktien \*) per medio resp. per ultimus.

Berlin, 29. November. [Fonds- und Aktien-Börse.] Der gestrige Privatverkehr vollzog sich bei ruhigem Geschäft in ziemlich fester Stimmung und schwächte sich erst gegen Schluß etwas ab. Der heutigen Börse war gleichfalls eine im Allgemeinen feste Stimmung eigen, die den von den auswärtigen Börseräumen vorliegenden ziemlich günstigen Notierungen entprach. Die Spekulation hielt sich überaus reservirt; das Angebot wagte sich nur bescheiden hervor, aber auch von Kauflust war nur wenig zu bemerken. Dem angemessenen blieb auch heute das Geschäft ohne Bewegung und die Umsätze bewegten sich in sehr engen Grenzen.

Der Kapitalmarkt wies eine im Wesentlichen recht feste Tendenz auf, um für heimische solide Anlagen machte sich regere Frage bemerklich; die Kästnerwerbe der übrigen Geschäftszweige konnten durchschnittlich ihr seitiges Niveau behaupten. Dem Geldstand zeigte sich we-

### Fonds- u. Aktienbüch.

Berlin, den 29 November 1875

#### Deutsche Bonds.

Denkschriften Anl. 1/1,50 b1 G

Eiseng.-Kunst. 99,50 b1

do. do. 100,50 b1

do. do. 101,50 b1

do. do. 101,60 b1

do. do. 90,30 G

do. do. 101,50 b1

do. do. 106,25 b1 B

do. do. 85,50 b1

do. do. 93,80 b1

do. do. 102,25 B

do. do. 84,50 G

do. do. 94,25 G

do. do. 100,69 b1

do. do. 83,60 b1

do. do. 94,60 b1

do. do. 93,40 b1 G

do. do. 84,00 G

do. do. 83,70 b1

do. do. 93,25 G

do. do. 95, G

do. do. 100,70 G

do. do. 96,50 b1

do. do. 26,50 b1

do. do. 96, b1

do. do. 16,20 b1

do. do. 98,00 b1

do. do. 88,30 b1

do. do. 96,00 G

do. do. 102,50 b1 G

do. do. 103,50 b1

do. do. 100,00 G

do. do. 106,80 b1 B

do. do. 100,10 b1

do. do. 102,60 b1

do. do. 102,50 b1 G

do. do. 103,50 b1

do. do. 100,00 G

do. do. 110,00 b1

do. do. 100,10 b1

do. do. 102,60 b1